

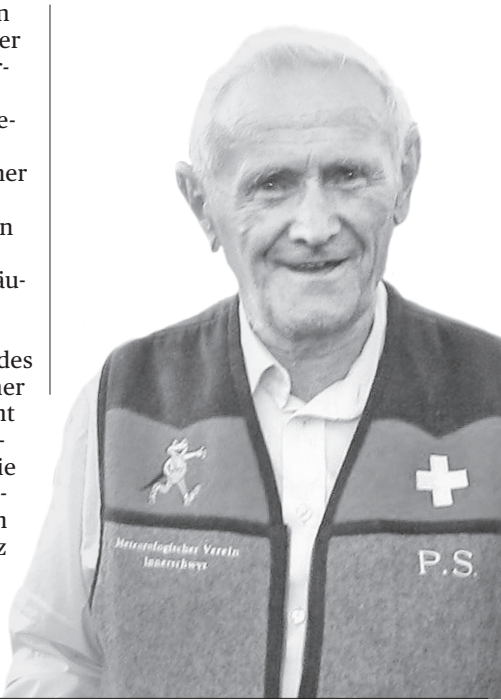
Analyse

Peter Suter Den Kampf um «ernsthafte» Muotathaler Wetterprognosen hat er verloren. Nun wird er Filmstar. *Von Erwin Haas*

Ein Wetterschmöcker trotz dem Klamauk

Peter Suter aus Ried, markantes Kinn und blaue Augen, ist mit 82 Jahren der älteste der sechs Muotathaler Wetterfrösche - und der letzte, der diesen Namen zu Recht trägt, denn die anderen wohnen nicht «im Thal». Doch Suter wurde im April als halbjährlicher Prognosenkönig entthront: «Musers Märte!» Holdener aus Schwyz, dessen Vater Berufsmauser war und der besonders das Verhalten von Feldmäusen studiert, hatte das Winterwetter besser vorhergesagt.

Gemessen am bisherigen Verlauf des Sommers, könnte sich Suter mit seiner Trefferbilanz von mehr als 70 Prozent die Krone im Oktober aber zurückerobern und wie schon 15-mal zuvor die Hauptpreise gewinnen: einen hölzernen Wanderpokal, einen Fünfliber in einem roten Nastuch und einen Tanz mit einer Frau. Im April sagte Suter nämlich im Gegensatz zu Holdener einen Prachtssommer voraus: «Viele schöne heisse Tage und wüchsiges



Wetter mit örtlichen Gewittern und Hagel, das den Klimaerwärmungsbedürfnern Geld in die Kassen bringt.»

Zum späten Filmstar wird der wettergegebte Suter, der gemäss Berufsvorgänger den Übernamen Sandstrahler trägt, aber ohnehin. Denn jetzt kommt der «Wäterschmöcker»-Dokumentarfilm von Thomas Horat ins Kino. Drei Jahre lang hat der Filmer aus Brunnen die urchigen Meteorologen begleitet.

Peter Suter, aufgewachsen als Bauernsohn auf einer Alp auf dem Stoos, geht mit Vorliebe in die Berge, heute mithilfe von Spazierstöcken. Seit 50 Jahren trotz er den Beobachtungen der Natur Gesetzmässigkeiten ab. Er zieht seine Schlüsse aus Winden und Morgentau, dem Schwung von Schneewächten am Fronalpstock und aus der Krümmung am Spitz junger Tannen. Er deutet die Herbstblüte von Enzian und Alpenrosen (Omen für einen späten Frühling), die Hochzeitsreise fliegender

Ameisen und das Hämmern und Rufen der Spechte. Die schlagen nämlich einen anderen Ton an, wenn es bald regnet. Oder er schaut sich für eine Winterprognose das spätsommerliche Wachstum einer Brennnessel an, und zur Unterhaltung beruft er sich auch gern mal auf eine Bauernregel: «Lässt der November viele Füchse bellen, wird der Winter viel Schnee bestellen.»

Offiziell sind die Wetterschmöcker «Innerschwyzerische Meteorologen». Der Verein wurde 1947 gegründet mit dem Ziel, das Kulturgut bäuerlicher Prognosen zu erhalten. Die Wetterschmöcker wollten nach dem Anbruch des Radiozeitalters die Erfahrungswerte von Jahrhunderten bewahren und die Zeichen der Schwyzer Natur deuten - auf dass die Bauern wissen, wann sie heuen können. Ihre Informationen sollen die Propheten gemäss Statuten aber nicht bierernst präsentieren, sondern witzig, träf und lustvoll. In den 90er-Jahren wurden die Wetter-

schmöcker-Originale durch die wachsende Beachtung in den Medien richtig Kult. Statt einem Dorfbeizsäli musste der Verein für die Versammlungen plötzlich Turnhallen suchen.

Suter, der sein Amt sehr ernst nimmt, beobachtete die Entwicklung mit Unbehagen. 2004 wurde ihm das Treiben zu bunt - vor allem jenes von Martin Horat, dem Sensenhändler und Alhirt aus Rothenturm. Horat machte aus seinem Amt ein Unterhaltungsbusiness. Er klopfte Sprüche und spielte sich wegen seiner Popularität als Sprachrohr und Chef der Wetterfrösche auf.

Da war der Zapfen ab. Suter wetterte wider den Rummel, verlangte mehr Seriosität und spielte mit dem Gedanken, einen neuen, rein Muotathalerischen Verein zu gründen. Da wurde er nach zehn Jahren als Präsident entmachtet; der Klamauk geht vor. Doch ein Wetterschmöcker bleibt so lange im Amt, wie er will.

Ungleiche Ellen Israel werde von der Weltgemeinschaft heftiger kritisiert als andere Länder, *schreibt Ian Buruma**

Ist Israel ein normales Land?

Ich halte wenig von der Regierung Israels. Ihre Entscheidung, die Flotte mit propalästinensischen Aktivisten anzugreifen, die vor einigen Wochen die Gaza-Blockade durchbrechen wollten, war brutal. Doch was immer man von der israelischen Regierung hält, so muss man feststellen, dass die Reaktionen auf gewaltsame Interventionen der Israeli viel heftiger ausfallen als jene bei Verbrechen, die die Anführer anderer Länder verübt haben.

Israel hat zum Beispiel noch nie etwas getan, das vergleichbar wäre mit dem Massaker, das der verstorbene syrische Anführer Hafez al-Assad 1982 an 20 000 Mitgliedern der muslimischen Bruderschaft in Hama verübte. Immer noch werden viel mehr Muslime von anderen Muslimen getötet als von Israeli oder gar von Amerikanern, und wenn man daran denkt, wie viele Tote der Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo gekostet hat, so klingt es absurd, wenn der türkische Premier Tayyip Erdogan es als «historischen Wendepunkt» bezeichnet, dass israelische Soldaten neun der Aktivisten töteten, die mit ihrer Flotte die Gaza-Blockade durchbrechen wollten.

Stimmt es also, dass im Fall Israel mit anderen Ellen gemessen wird? Ich glaube schon. Aber selbst wenn Antisemitismus dabei auch eine Rolle spielen sollte, sind andere Gründe wichtiger. Insbesondere nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 waren viele Europäer erleichtert, dass die Juden auch Aggressoren sein konnten. Die jüdische Brutalität machte die Bürde der Schuld aus dem Zweiten Weltkrieg leichter. Die Sehnsucht, diese Schuld zu überwinden, hat möglicherweise sogar dazu geführt, die Taten der Israeli zu übertreiben.

Moralischer Rassismus

Ein anderer Grund für die ungleichen Ellen ist, was der israelische Friedensaktivist Avishai Margalit als «moralischen Rassismus» bezeichnet. Der Blutrausch eines afrikanischen oder asiatischen Volks wird nicht so ernst genommen wie jener eines europäischen oder anderen weissen Volkes. Die unausgesprochene Haltung dahinter ist, dass man von Wilden ja nichts anderes erwarten könne.

Das ist eine kolonialistische Haltung, und das Erbe der Kolonialismus wirkt auch auf andere Art gegen Israel. Wie Südafrika zur Zeit der Apartheid erinnert Israel die Leute an die Sünden des westlichen Imperialismus. Israel wird im Nahen Osten von vielen als eine von Weissen geführte Kolonie gesehen. Die Palästinenser hingegen gelten als Kolonialopfer, und je länger Israel arabisches Land besetzt, desto mehr

verfestigt sich diese Wahrnehmung. Zuletzt ist Israel eine Demokratie. Sie sollte also nicht gleich beurteilt werden wie Diktaturen. Wir können von der Regierung Benjamin Netanyahu mehr erwarten als von Mamoud Ahmadinejad im Iran. Dies nicht, weil die Juden moralisch besser sind als die Perser, aber weil Netanyahu demokratisch gewählt wurde und dem Rechtsstaat Rechenschaft schuldet, während Ahmadinejad mithilfe, alles Demokratische im Iran zu zerstören. In dem Sinn machen wir Israel ein Kompliment, indem wir es als normale Demokratie behandeln, wenn wir das Land an höchsten Standards messen.

Wenn gewisse Kritiker sich weigern, Israel als normales Land zu behandeln, so trifft das Gleiche für einige seiner Freunde zu. Wer eine Spezialbehandlung von Israel als Nation von Opfern (respektive von Erben der Opfer des Nationalsozialismus) einfordert, legt ebenfalls ungleiche Massstäbe an. Der französische Philosoph Alain Finkielkraut hatte recht, als er Erdogan für seine Überreaktion auf den israelischen Angriff auf die Gaza-Freiheitsflotte kritisierte. Aber als er hinzufügte, dass Hitlers «Mein Kampf» in der Türkei ein Bestseller sei, unterstellte er, alle Türken seien moderne Nazis.

Israel als ein Land der Opfer - das widerspricht dem Grundgedanken der Gründer. Sie wollten eine neue Nation gründen, eine normale Nation, eine Nation von jüdischen Soldaten und Bauern, die sich unterschied von den wehrlosen Juden, die der europäischen Verfolgung zum Opfer fielen. Erst später wurde der Holocaust zu einem staatlichen Propagandainstrument. Unter Regierungschefs wie Menachem Begin begann man schliesslich, militärische Aktionen mit dem Verweis auf den Nazi-Genozid zu rechtfertigen.

Dass sich Juden, auch israelische, immer noch von einer schrecklichen Vergangenheit verfolgt fühlen, ist verständlich. Aber sie darf nie als Rechtfertigung für militärische Angriffe auf andere verwendet werden. Israel ist ein mächtiges Land - freier, reicher und besser bewaffnet als all seine Nachbarn. Es muss seine Entscheidungsträger zur Verantwortung ziehen, nicht nur um die Palästinenser vor Brutalität zu schützen, aber um die Freiheit der Israeli zu bewahren. Lassen sie es zu, dass die Vergangenheit ihre Fähigkeit zur (Selbst-)Kritik vernebelt, unterminieren sie ihre Demokratie. Das hätte gefährliche Folgen für die Zukunft.

** Der Holländer Ian Buruma ist Professor für Demokratie und Menschenrechte an der Bard-Universität in New York. Copyright Project Syndicate.*



In der Politik jubeln die Frauen. Die Wahl von Ruth Dreifuss 1993 hat ihren Aufstieg beschleunigt. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

Karriere In der Politik kommen die Frauen ganz nach oben - im Gegensatz zur Wirtschaft. Was können Unternehmen lernen? *Von Esther Girsberger**

Frauen geht es nicht um Boni

Die Frauen übernehmen in der Politik die Macht. Bereits heute beträgt der Frauenanteil im Bundesrat 43 Prozent. Anfangs 2011 wird er sich wegen des angekündigten Rücktritts von Moritz Leuenbergers mit grosser Wahrscheinlichkeit auf 57 Prozent erhöhen - unter Umständen, sollte Hans-Rudolf Merz auf Ende Jahr zurücktreten und durch Karin Keller-Sutter ersetzt werden, sogar auf 71 Prozent. In der Wirtschaft hingegen stagniert der Anteil weiblicher Exekutivkader - in den 121 grössten Schweizer Firmen bei 4 Prozent.

Ein gigantischer Unterschied, und man fragt sich, weshalb die Wirtschaft in ihrer dauernden Suche nach Frauen nicht politische Vorbilder kopiert. Was macht die Politik richtig, dass der Anteil erfolgreicher Frauen an der Spitze so rasant steigt? Im umgekehrten Fall ist die Wirtschaft und ihr Dachverband Economie suisse jeweils schnell zur Stelle, wenn es um gute Ratschläge an die Politik geht - etwa bei der Neubesetzung von Departementen nach Rücktritten von Bundesräten.

Wenn sich weibliche Exekutivmitglieder in der Politik so bewähren, warum klappt es dann in der Wirtschaft nicht im gleichen Ausmass? Schliesslich sind die Regierungsmitglieder sowohl strategisch wie auch operativ tätig. Ihre Departemente haben zwar nicht die Grösse einer Credit Suisse, aber doch einen anständigen KMU-Betriebes. Und die Probleme sind

dabei nicht minder komplex, ganz im Gegenteil.

Zweifelloso ist das Erklimmen der Karriereleiter in der Politik einfacher als in der Wirtschaft. Frauen können jederzeit einer Partei beitreten und sich zunächst in der Schul- oder Kirchenpflege bewähren. Wird als Nächstes ein zusätzlicher Verantwortungsbereich wie etwa das Parteipräsidium übernommen, kann dies auch neben familiären Pflichten zur allseitigen Zufriedenheit ausgeübt werden.

In der Wirtschaft bekommt frau diese Chance weniger schnell, da die obersten Chefs noch immer den Mann, der ohne Einschränkung verfügbar ist, einer Frau vorziehen, die vielleicht Kinderbetreuungspflichten übernimmt. In der Politik bestimmt dagegen das Volk oder Parlament, das sich aus Mitgliedern mit verschiedenen Biografien und Wertvorstellungen zusammensetzt.

Locken schliesslich die höchsten Weihen, sind die Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Politik allerdings wieder ähnlich schwierig: Ein Bundesratsamt ist genauso wenig in Teilzeit zu erledigen wie der Posten eines CEO. Auch fürs Jobsharing eignet sich diese Funktion nicht. Beruf und Familie ist in beiden Bereichen nur schwer vereinbar. Die meisten der bisherigen weiblichen Bundesratsmitglieder waren wie Spitzenfrauen der Wirtschaft denn auch entweder kinderlos oder stiegen erst dann ins höchste Amt auf, als die

Kinder schon (fast) volljährig waren. Der Vorteil der Politik ist, dass man auch noch kurz vor dem Pensionsalter Bundesrat werden kann, während sich in den Unternehmen der gegenteilige Trend fortsetzt - die Konzernchefs werden immer jünger.

Der wichtigste Grund, dass Frauen sich in der Politik für eine Karriere gewinnen lassen, hat aber weniger mit Strukturen als mit Inhalten zu tun. Politik ist Dienst an der Bürgerin und am Bürger. Das passt vielen Frauen, die weniger an der Höhe der Boni interessiert sind und Wert darauf legen, etwas Sinnvolles oder Sinnstiftendes zu tun. Im Idealfall orientiert sich die Politik selbst bei Finanzfragen am Gemeinwohl und an gesellschaftlichen Herausforderungen. Es geht weniger um den «Return on Investment» als um am Bürgerwohl ausgerichtete Staatstätigkeiten.

So gesehen liessen sich mehr Frauen für einen Top-Job in der Wirtschaft motivieren, wenn Unternehmen ihren Tunnelblick verlieren und ihren Horizont erweitern würden. Wenn sie neben der legitimen Profitorientierung auch stärker auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren und ihre innovative Energie ernsthaft zur Lösung solcher Probleme nutzen würden. In diesem Punkt kann die Wirtschaft viel von der Politik lernen.

** Die Publizistin Esther Girsberger ist Publizistin, Moderatorin und Dozentin.*